

Die Brillkreuzung soll nach der Schließung des Tunnels fußgängerfreundlich umgebaut werden.

Brillkreuzung attraktiv umgestalten

Der Brilltunnel wird geschlossen und damit eine stadtplanerische Sünde korrigiert. Vom geplanten Umbau des Kreuzungsbereichs sollen die FußgängerInnen profitieren.

eer stehende Ladenzeilen, Graffiti an den Wänden, mitunter ordnete der Grünen vor allem aus finanziellen Gründen aldie Hinterlassenschaften von DrogenkonsumentInnen auf dem elrdings kritisch gegenüber. Im Gespräch ist u.a., die rund Boden – der Brilltunnel bietet einen trostlosen Anblick. Jetzt 850 Quadratmeter große Fläche als Disko und Beatclub zu wird der im Unterhalt teure Tunnel endlich dicht gemacht, wie es nutzen. Die Interessenten haben noch bis Ende Februar die Grünen seit langem fordern. "Der Tunnel war eine stadtplane- die Möglichkeit, dem Bau- und Verkehrsressort ihre Be-

rische Sünde: Die FußgängerInnen wurden unter die Erde verbannt, damit oben der Verkehr rollen kann. Wir wollen die Brillkreuzung jetzt verkehrsberuhigt und fußgängerfreundlich umgestalten. Die Menschen sollen das neue, aufstrebende Stephaniquarier besser erreichen können. Diese positive Entwicklung wollen wir mit einer besseren Anbindung an die City weiteren Schwung verleihen", betont Karin Krusche.

dass vor der konkreten Planung zunächst noch die Gespräche mit potenziellen Investoren für den Tunnelbereich abgewartet werden müssen. Diesen Plänen steht die Bürgerschaftsabge- bieten", so Karin Krusche.

treiberkonzepte vorzulegen. Erst dann ist klar, ob sämtliche Tunnelzugänge und Lüftungsanlagen abgebaut werden können oder ein Teil erhalten bleiben muss. "Das muss beim Umgestaltungskonzept für die Brillkreuzung berücksichtigt werden. Denn davon hängt ab, welche Fläche im Kreuzungsbereich tatsächlich zur Verfügung steht, um bessere Überquerungsmöglichkeiten

Die baupolitische Sprecherin der Grünen verweist darauf, und einen optisch attraktiven Platz zu schaffen. Perspektivisch sollte auch die Straßenbahnhaltestelle gen Sparkasse verlegt werden, um optimale Umsteigemöglichkeiten zu

grün: ntern

Termine

Unrechtmäßig angeeignete Kunstwerke zurückgeben

In den Kunstsammlungen Böttcherstraße befinden sich mindestens drei Werke aus dem Eigentum von Ottmar Strauss, die er als Jude auf Druck der Nazis versteigern musste. Bei 474 Kunstwerken muss noch genauer geprüft werden, ob es sich um Raubkunst handelt. Unter dem Titel ,Unrecht anerkennen – Kunstwerke zurückgeben oder zurückkaufen' lädt die Fraktion für den 19. Februar von 19 bis 21 Uhr zu einer Podiumsdiskussion in die Kunstsammlung Böttcherstraße ein.

Fachtag zu ,Bildung und Migration' mit Cem

In manchen Bremer Grundschulen beträgt der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund knapp 50 Pro-



zent. Abitur machen indes immer noch die wenigsten Jugendlichen aus zugewanderten Familien. Wie sich das Bremer Bildungssystem verändern muss, damit Kinder mit Migrationshintergrund von Anfang an echte Chancen haben, steht im Mittelpunkt eines Fachtages der Fraktion. Die Veranstaltung zum Themenkomplex von ,Bildung und Migration' findet am 17. April von 9.30 bis 11 Uhr in der Bremischen Bürgerschaft statt. Daran nimmt auch der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Cem

Luneplate: Windenergie ausbauen

A ngesichts des Klimawandels eignet sich die Windenergie nicht als Thema für Scharmützel zwischen dem niedersächsischen Umland und Bremerhaven. Für uns ist klar: Wir wollen die Chancen

nutzen, zukunftssichere Arbeitsplätze in der Windkraftbranche zu schaffen. Das verleiht der gesamten Region kräftigen Rückenwind. Die Luneplate steht als

in Frage. Wer heute noch Protektorate errichten will, hat den Gedanken der

Metropolregion nicht verstanden", so Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher der Grünen, zu den jüngsten Äußerungen aus dem Landkreis Cuxhaven, Landrat Kai-Uwe Bielefeld

> hatte gefordert, für den Kreis Cuxhaven ein Mitspracherecht bei der Firmen-Ansiedlung im Staatsvertrag zwischen Bremen und Niedersachsen festzuschreiben. Demnach

werden 1400 Hektar der Luneplate in direkter Nachbarschaft des Fischereihafens von Niedersachsen

an Bremen übertragen. Der Großteil dient als ökologische Ausgleichsfläche für den Bau des Containerterminals IV. 200 Hektar sollen indes als Standort für die Offshore-Windenergie-Branche genutzt werden.

"Der Offshore-Windenergie werden ausgesprochen gute Zukunftsperspektiven attestiert. Für uns kommt es ietzt darauf an, die Seestadt als führenden Standort für Windenergie weiter auszubauen. Das stärkt zugleich die Wirtschafts- und Finanzkraft Bremerhavens", betont Frank Willmann,

service & impressum

Fraktion Bündnis 90/ Gestaltung DIF GRÜNEN in der Bremischen Bürger-

Designbüro Möhlen

Telefon 0421/3011-0 Relaunch + Satz Telefax 0421/3011-250 Thomas Kollande E-Mail: fraktion@ gruene-bremen.de

Internet www.gruene- Matthias Makosch fraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Matthias Makosch Fraktion Bündnis oo/ DIF GRÜNEN Schlachte 19/20

Druck: Geffken &

BilderBox, Rossukhon Juan-sang, Matthias Makosch, FOM

BÜNDNIS 90

in der Bremischen Bürgerschaft

DIE GRÜNEN

grün: nhalt

Bildungsreform

Das Schulsystem soll bessere Bildungschancen für alle schaffen.

Brilltunne

Der verödete Brilltunnel wird jetzt endlich dicht gemacht.

Luneplate

Die Luneplate wird zum Standort für die Windkraftbranche.

grün:Aktion



Unter den Studierenden ist die Verunsicherung groß, was sie mit dem Bachelor auf dem Arbeitsmarkt anfangen können. Deutliche Entwarnung haben jetzt Vertreter von Handelskammer und Arbeitsagentui bei einer Podiumsdiskussion der Grünen gegeben: Der Bachelor wird demnach von der Wirtschaft immer besser angenommen. Studierende wünschen sich indes mehr Praxisanteile und weniaer Priifunaen. Mehr dazu unter "Berichte" auf www. gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke Schwarz will Grün sein

gefunden.

Gleich zwei Abgeordnete sind in ihrer Zeitschrift "Ausquck" abgebildet: Klaus Möhle und Horst Frehe. Ein Artikel beschäftigt sich mit dem grünen Vorschlag zur Religionskunde, Mit ihrem neuen Programm will sich die CDU zudem einen Öko-Anstrich geben. Sie sollte ihrem Magazin besser gleich Aufnahmeanträge bei den Grünen beilegen . . .

Nr. 31 · Februar 2009



Bildung und Klima profitieren

Bremen leistet einen erheblichen Beitrag, um die drohende Rezession abzumildern. Seinen Anteil am Konjunkturprogramm II muss der Stadtstaat allerdings auf Pump finanzieren. Daher muss das Geld nachhaltig angelegt werden.

ie Wirtschaft droht im Zuge der Finanzkrise in eine tiefe Rezession zu schlittern. Um die schlimmsten Folgen zu vermeiden, muss der Staat die Nachfrage stützen und gesunden Unternehmen aus vorübergehenden Schwierigkeiten helfen. Jetzt kommt es darauf an, Vertrauen zu schaffen und die Koniunktur anzukurbeln. Bremen leistet dazu einen erheblichen Beitrag, indem es dem Konjunkturprogramm II zustimmt. Denn verbunden ist damit nicht nur die Neuverschuldung für den Bremer Eigenanteil, sondern auch der Verzicht auf Steuereinnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe. Für die Grünen ist deshalb klar, dass Bremen ausschließlich Projekte mit nachhaltiger Wirkung finanziert. Schließlich sollen die Millionen nicht einfach verpuffen, sondern auch unseren Kindern dienen.

Über 29 Millionen Euro muss der Stadtstaat auf Pump finanzieren, um vom Bund die 88 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II zu erhalten. "Wir Grünen wissen, dass wir diese neuen Schulden werden zurückzahlen müssen. Deshalb werden wir alles dafür tun, damit Bremen das Geld nachhaltig in Bildung, Klimaschutz und den sozialen Zusammenhalt anlegt", betont der haushaltspolitische Sprecher Hermann Kuhn. So ist beispielsweise die energetische Sanierung von Schulen und Hochschulen vorgesehen: Das spart künftig Energiekosten, schont das Klima und schafft zugleich Aufträge in der Region.

Während Bremen mit grüner Regierungsbeteiligung auf nachhaltige Wirkung setzt, sind viele Maßnahmen

der Bundesregierung nicht zielgenau. "Der Anteil der Investitionen im Konjunkturpaket II ist zu gering, der Anteil der nicht zielgenauen Wohltaten zu hoch. Von den Steuererleichterungen beispielsweise profitieren die Besserverdienenden. Aber sie kommen nur in sehr geringem Umfang jenen Menschen in unserer Gesellschaft zugute, die es am bittersten nötig haben und bei denen vor allem jeder zusätzliche Euro direkt in den Konsum geht", so Hermann Kuhn. Bremen und dem ebenfalls von Grünen mitregierten Hamburg ist es mit ihrer Zustimmung zum Konjunkturprogramm II immerhin gelungen, die FDP auszubremsen. Die Liberalen wollten für ihre Zustimmung noch mehr Steuergeschenke. Das aber hätte noch mehr Schulden zu Lasten künftiger Generationen bedeutet. "Mit uns gibt es im Bundesrat gegen diese neoliberale Irrlichterei eine Mehrheit", betont Hermann Kuhn.

Die Grünen erhöhen auch den Druck, bei der Abwrackprämie für Altautos nachzubessern, "Dass diese Prämie nicht von vornherein an den Kauf eines schadstoffärmeren Autos gekoppelt wurde, zeigt: Die Bundesregierung hat immer noch nicht begriffen, dass die deutsche Autoindustrie nicht durch die Subventionierung des "Weiter so" aus der Krise herauskommt, sondern allein durch die umweltschonende Modernisierung", unterstreicht Hermann Kuhn. Mit dem Ausschluss von Investitionen für den ÖPNV im Konjunkturpaket hat die Große Koalition zudem ein Signal für den klimaschonenden Verkehr verschlafen.



Windenergie-Standort nicht

03.02.2009 14:09:11

Gastkommentar

Kampf um "Schule für alle" ist längst verloren

Für Grüne muss das bitter sein: Aus der "Schule für alle" wird nichts. Trotz Regierungsbeteiligung, trotz programmatischer Übereinstimmung mit der SPD. Das Gymnasium bleibt, die Elite kann sich weiter ihrer sozialen Verantwortung entziehen. In der Konkurrenz mit den Klugen aus der Unterschicht behalten ihre Kinder die Nase vorn.

Das künftige Bildungssystem bleibt weit zurück hinter den Erwartungen, Hoffnungen, Forderungen und Erkenntnissen des gesamten linken Spektrums. Mit Heulen und Zähneklappern sehen das übrigens auch viele Genossen in der SPD. selbst wenn die derzeit lieber Geschlossenheit suggerieren. Der große Schritt zur Entkopplung von Bildung und Herkunft durch bessere soziale Durchmischung der Schüler – es wird ihn in Bremen auf ahsehbare Zeit nicht aeben.

Doch selbst wenn die Koalition so verwegen gewesen wäre, das Gymnasium einfach abzuschaffen: Es ist eine Illusion zu glauben, die "Schule für alle" hätte mit den Problemen unseres Bildungssystems gründlich aufgeräumt. In Schwachhausen, Horn und Oberneuland sähe eine solche Schule komplett anders aus als in Gröpelingen, Walle und Oslebshausen. Arm und Reich, Elite und Masse durchmischen sich nur in wenigen Schulbezirken. Und im Zweifel gibt es immer Eltern, die es sich leisten können, aus dem öffentlichen Schulsystem zu flüchten. So oder so: Der Kampf um die "Schule für alle" ist längst verloren.

Eine echte Chance, alle Bildungspotenziale zu heben, wird es nur geben, wenn irrsinnig viele Ressourcen in die sozial belasteten Stadtteile fließen. Dort wächst ein immenser Anteil der Kinder dieser Gesellschaft auf. Top ausgestattete Bildungsangebote mit Ganztagskindergärten, um Längen attraktiver als die Playstation, und offen für die ganze Familie, voller Spaß, Leben und Ideen. Ganztagsschulen, Sozialarbeiter und ganz speziell qualifizierte Lehrer, am besten mit interkultureller Erfahrung. Ein buntes, reiches, anregendes Schulleben in lebenswerter Umgebung und 1000 Brücken ins Arheits- und Uni-Lehen.

Bernd Schneider (Weser Kurier)

Mehr gemeinsames Lernen

Mit der Schulreform will Rot-Grün das Bremer Bildungswesen leistungsfähiger machen. Die bessere Förderung der Kinder macht nun Schule. Teamarbeit und gemeinsamer Unterricht auf verschiedenen Niveaus stehen hoch im Kurs.

ernen soll in Bremer Schulen künftig Spaß machen und nicht mehr wie das Einnehmen bitterer Medizin erscheinen. Das Rezept: Mehr individuelle Förderung, bessere Unterrichtsqualität, erleichterte Übergänge, ein überschaubares Schulsystem. Das sind die Kernpunkte der Schulreform, auf die sich die Grünen, SPD, FDP und CDU beim Bildungsgipfel geeinigt haben. Der parteiübergreifende Konsens soll mindestens ein Jahrzehnt lang Bestand haben, damit die Schulen sich schrittweise weiterentwickeln können.

Die Grünen haben dabei u.a. durchgesetzt, dass das Fundament gestärkt wird. Damit Kinder künftig nicht mehr an Sprachbarrieren scheitern, werden vor der Einschulung verbindliche Sprachtests eingeführt. Anschließend erfolgt eine durchgängige und effektivere Sprachförderung. Schließlich ist Sprache der Schlüssel zum Bildungserfolg.

Um Kindern die Übergänge zu erleichtern, haben die Grünen sich für die enge Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen eingesetzt. Möglich ist ein aufeinander abgestimmtes pädagogisches Konzept, aber auch ein gemeinsames Kollegium. Das bietet den Schulen die Chance, das gemeinsame Lernen von Klasse 1 bis 10 umzusetzen. Der integrative Unterricht steht fortan hoch im Kurs. Auch die bisherigen Förderzentren sollen auf grüne Initiative schrittweise in den allgemeinen Schulen aufgehen. Um Kinder und Jugendliche vom überbordenden Leistungsdruck und Stress zu entlasten, haben sich die Grünen dafür eingesetzt, dass das Abi nach 13 Jahren in der Fläche zurückkehrt.

Die Schulgesetznovelle enthält zudem eine wesentliche Vereinfachung des Schulsystems, das

bisher einem unüberschaubaren Flickenteppich gleicht. Nach der vierjährigen Grundschule können die Eltern für ihre Kinder künftig zwischen zwei Schularten wählen: der neuen Oberschule und den bereits bestehenden acht Gymnasien. Beide Schulformen bieten qualitativ gleichwertige Abschlüsse.

An den Oberschulen können die Jugendlichen alle Abschlüsse machen. Sie führen auch nach Klasse 13 zum Abitur. Das ist für viele SchülerInnen attraktiv, die unter dem Lerndruck beim Turbo-Abi leiden. Die Oberschulen führen unterschiedlich starke Kinder zusammen und eröffnen verschiedene Wege zum Lernerfolg. Sie können eigenständig Programme entwickeln, mit denen die SchülerInnen auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus gemeinsam unterrichtet werden. Ausdrücklich vorgesehen ist die Möglichkeit, die Jugendlichen auch in Kernfächern wie Mathematik oder Deutsch gemeinsam zu unterrichten und dabei je nach Lernniveau individuell zu fördern. Das hat sich in den Pisa-Siegerländern als ein erfolgreiches

Im Gegensatz zur Oberschule ist das Abitur an den acht Gymnasien nur nach Klasse 12 möglich, Sollte die Nachfrage das Platzangebot der Gymnasien übersteigen, sollen jene Kinder aufgenommen werden, deren Leistungen in Deutsch und Mathe über den bundesweit festgelegten Leistungsstandards liegen. Sollte ein(e) Jugendliche(r) das Turbo-Abitur nicht bestehen, bekommt sie/er je nach Leistungsstand die Fachhochschulreife oder einen mittleren Abschluss

Derzeit läuft das Beteiligungsverfahren. Im Juni soll die Schulgesetz-Novelle verabschiedet werden.



Mit der Schulreform soll das Bremer Bildungssystem leistungsfähiger und sozial gerechter werden. Die SchülerInnen sollen besser gefördert werden. Die Kinder und Jugendlichen sollen Freude am Lernen haben.

"Schulen sollen die Lernfreude entfachen"

Mit dem überparteilichen Konsens zum Bremischen Bildungswesen werden die meisten Jugendlichen ihr Abitur künftig in integriert arbeitenden Oberschulen machen. Das Fundament des Schulsystems wird gestärkt. Die Sprachförderung wird verbindlich, damit alle Kinder von Anfang an echte Bildungschancen haben.

D ie Schulreform soll dazu führen, dass Bremer Schulen qualitativ besser und die Bildungschancen gerechter verteilt werden. Zudem wird das Bildungssystem übersichtlicher. Worauf es bei der Umsetzung nun ankommt, erläutert die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann im Interview.

Frau Stahmann, wie zufrieden sind Sie mit dem parteiübergreifenden Schulkonsens?

Es handelt sich um einen Kompromiss, der naturgemäß nicht zu 100 Prozent grün ist. Aber wir konnten zentrale Punkte unserer bildungspolitischen Forderungen durchsetzen. Beispielsweise die engere Zusammenarbeit von Grundschulen mit den weiterführenden Schulen oder auch den Ausbau der integriert arbeitenden Oberschulen, die mehr Ressourcen und kleinere Klassenverbände erhalten. Der Kompromiss garantiert, dass die Schulstruktur nicht alle vier Jahre über den Haufen geworfen wird. Die Schulen bekommen die benötigte Zeit, um sich qualitativ weiterzuentwickeln.

Die Reform ist u.a. mit verbindlichen Sprachtests vor der Einschulung und anschließender Förderung verknüpft. Ermöglicht das benachteiligten Kindern echte Startchancen?

len in sozialen Brennpunkten sollen bei der ausgestattet werden. Die Schulen brauchen mitnehmen." neben guten LehrerIn

nen auch Fachkräfte wie etwa SozialpädagogInnen oder LogopädInnen. Bislang wurden in Bremen nur 15 Prozent der Kinder vor der Einschulung gefördert – und das oft unzureichend. Dabei liegt der Bedarf bei 30 bis 40 Prozent der Kinder. Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg, Kinder in diesem Alter sind hochtourige Lerner, Da mijssen wir ansetzen, Natijrlich mijssen gerade auch bildungsferne Elternhäuser einbezogen werden. Manche Grundschulen haben sich bereits zu einer Art Familienzentrum im Stadtteil entwickelt. Das ist der richtige Weg.

KritikerInnen sagen: Mit dem neuen Aufnahmetest für durchgängige Gymnasien, die dadurch die leistungsstärksten Kinder erhielten, wird die soziale Entmischung im Bildungswesen noch verschärft. Werden Gymnasien bevorzugt?

Nein. Der Schulkonsens sieht vor, dass in Bremen künftig nur noch die bestehenden acht Gymnasien existieren, deren Aufnahmekapazität begrenzt ist. Die 15 Schulzentren wandeln sich nun in integriert arbeitende Oberschulen mit gymnasialen Angebot um. So viele integriert arbeitende Schulen gibt es in keinem anderen Bundesland. Mit annähernd 30 Prozent der Gesamtschülerschaft machen die meisten Jugendlichen ihr Abi künftig an einer Oberschule. Damit kehrt das Abitur nach Klasse 13 in der Fläche zurück. Das ist ein Attraktivitätsmerkmal für jene Eltern, die ihren Kindern den Lernstress an den sogenannten Turbo-Gymnasien nicht zumuten wollen. Im Übrigen haben wir schon heute in Bremen erfolgreich arbeitende Gesamtschulen, die gute bis sehr gute SchülerInnen und ihre Eltern begeistern. Diese Schulen überzeugen mit einem durchdachten pädagogischen Konzept und dem hohen Engagement des Kollegiums. Wir werden dafür sorgen, dass die Oberschulen gut ausgestattet werden und den Freiraum für innovative Konzepte haben. Sie sollen Lernfreude entfachen

Aber warum hat Rot-Grün die Gymnasien nicht einfach

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das nicht möglich. Dafür Ungleiches muss ungleich behandelt werden: Schu- ist die Skepsis bei Eltern und LehrerInnen noch zu

"Wir wollen die Menschen auf dem Weg zu groß. Es lohnt sich, die Eltern und Lehrkräfte Mittelzuweisung besser einem leistungsfähigen Schulsystem, in dem zunächst mit guter Pra-Kinder gemeinsam mit Begeisterung lernen, xis zu überzeugen und ANIA STAHMANN offensiv für integriert arbeitende Schulen zu

> werben. Schulentwicklung ist ein Prozess und funktioniert nicht von heute auf morgen. Damit am Ende ein leistungsfähiges Schulsystem steht, in dem Kinder gemeinsam mit Begeisterung lernen, müssen wir alle Beteiligten auf dem Weg dahin mitnehmen.

> Die GEW kritisiert, dass sich Rot-Grün mit dieser Reform von der .Schule für alle' verabschiedet.

Der Schulkonsens sieht ausdrücklich vor, dass Grundschulen und Sek. 1-Schulen kooperieren können - vom aufeinander abgestimmten pädagogischen Konzept bis hin zum gemeinsamen Kollegium. Damit wird längeres gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis 10 möglich. Die "Schule für alle" bleibt unser

Wie muss die Reform jetzt an den Schulen mit Leben

Teamarbeit unter LehrerInnen muss zur Dienstpflicht werden. Das Einzelkämpfertum, der Unterricht aus dem eigenen Leitz-Ordner soll ausgedient haben. Die Lehrkräfte müssen für den gemeinsamen Unterricht auf unterschiedlichen Anforderungsniveaus geschult werden. Motivierte LehrerInnen sind der Motor für die Schulentwicklung. Außerdem brauchen wir einen Schul-TÜV, um die Qualitätskontrolle zu verbessern.

Werkschulen: Keinen Jugendlichen aufgeben

Pro Jahr brechen in Bremen rund 500 Jugendliche die Schule ab. Doch ohne Abschluss haben sie heute kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt. "Wir dürfen keinen Jugendlichen aufgeben. Angesichts der dreijähriger, stufenübergreifender Bildungsgang erschreckend hohen Zahl von SchulabbrecherInnen ab Klasse 9 konzipiert. Die Werkschule ist für jene müssen wir handeln. Um diesen Jugendlichen eine SchülerInnen gedacht, die Gefahr laufen, die Schule Perspektive zu eröffnen, verfolgen wir in Bremen jetzt einen innovativen Ansatz. Wir führen die Die Anwahl erfolgt freiwillig und nach einer ausführ-Werkschule ein. Sie ermöglicht diesen SchülerInnen lichen Beratung. "Bei entsprechenden Leistungen einen an praktischen Fähigkeiten ausgerichteten sollen die AbgängerInnen im Anschluss einen Aus-Weg zum Abschluss", so Anja Stahmann

Wie die bildungspolitische Sprecherin der Grünen erläutert, wird die Werkschule als Bildungsgang der berufsbildenden Schulen angeboten. Sie ist als andernfalls ohne Abschluss verlassen zu müssen. bildungsplatz erhalten", so Anja Stahmann.

03.02.2009 14:17:11

